

Medienmitteilung

Inakzeptabler Massnahmenplan der Regierung

## Schlag ins Gesicht des Personals

**Solothurn, 28. Oktober 2024 – Neben der inakzeptablen vollständigen Streichung des Teuerungsausgleichs und einem Strauss zusätzlicher Verschlechterungen lanciert der Regierungsrat mit dem „Massnahmenplan“ einen eigentlichen Angriff auf das Personal von Spitälern, Schulen, Verwaltung, Gerichten und Polizei. Besonders betroffen sind die kantonalen Schulen mit einer Lektionserhöhung und einer Schulschliessung. Der Staatspersonal-Verband fordert eine grundlegende Überarbeitung und den Verzicht auf die personalwirksamen Massnahmen, um die sonst schon angeschlagene Attraktivität des Kantons als Arbeitgeber zu erhalten.**

Die Verweigerung des Teuerungsausgleichs, verschärft noch durch eine Erstreckung der Lohnanstiegsdauer, die Abschaffung der AHV-Ersatzrente, die Schwächung der Lohnfortzahlung bei Krankheit und die Kürzung der Dienstaltersgeschenke, sind ein giftiger Mix, der die Attraktivität des Kantons als Arbeitgeber ernsthaft gefährdet.

Dazu kommen Kürzungen bei den kantonalen Schulen, die den Bildungsstandort Solothurn deutlich schwächen. So will die Regierung das Pensum der Lehrkräfte an Mittel- und Berufsschulen generell um ½ Wochenlektion erhöhen. Dies ist absolut unverständlich, gehören doch die Pensen genau dieser Lehrkräfte heute schon zu den höchsten der Schweiz, was die Regierung sogar ausdrücklich zugibt. Nicht eine Erhöhung, sondern eine Senkung wäre angezeigt!

Ebenso unüberlegt ist die vollständige Schliessung der Schule für Mode und Gestaltung. Sie entzieht einer ganzen Berufsrichtung junger Menschen die Ausbildungsmöglichkeiten im Kanton. Zudem ist der Spareffekt zweifelhaft, da der Kanton dann einfach die Schulkosten in anderen Kantonen übernehmen muss.

Schliesslich sollen auch die Erbschaftsämtler in Grenchen und Breitenbach aufgehoben und zentralisiert werden. Diese Massnahme steht in keinem Verhältnis, stellt ein schlechtes Zeichen für eine regionale, bürgernahe Verwaltung und einen schleichenden Abbau der Verwaltungen in den Randregionen dar.

Fazit: Wir fordern eine grundlegende Überarbeitung des unausgewogenen und teilweise unüberlegten Plans.

Ansprechperson:

Mirco Müller, Präsident Solothurnischer Staatspersonal-Verband, 079 815 80 66